

WERTE INS NETZ!

NEUE MEDIEN, NEUE CHANCEN, NEUE FRAGEN

BESCHLUSS

**DES VIERTEN MITGLIEDERBEZIRKSPARTEITAGS
DER CDU SÜDBADEN
AM 22. NOVEMBER 2014 IN APPENWEIER**

Inhalt

1. Einführung	1
2. Breitbandausbau	1
3. Kommunales Engagement.....	3
4. Universaldienst Internet	5
5. Bildung durch Breitband – breitbandige Bildung	6
6. Recht auf analogen Telefonanschluss	7
7. Routerzwang.....	7
8. Verbot von „bis-zu“ Klauseln in Internetverträgen.....	8
9. Netzneutralität.....	8
10. IT-Sicherheit	9

Redaktion

Carmen Jäger

Dennis Mauch

Dr. Andreas Schwab MdEP

Philipp Singler

1. Einführung

Kurz vor der Gründung von T-Online im September 1995 ließ sich der damalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Telekom, Ron Sommer, zu der visionären Aussage verleiten, das Internet wäre „eine Spielerei für Computerfreaks, wir sehen darin keine Zukunft.“ Zehn Jahre später war T-Online der größte europäische Internet Service Provider. Auch wenn ihm heute keiner mehr zustimmen würde zeigt es doch, dass die rasante Entwicklung des weltweiten Netzes schon Mitte der 90er Jahre selbst für Führungspersonen kaum mehr vorherzusehen war. Heute beschäftigen große IT-Konzerne sogenannte „Technology Evangelists“, die den Blick in die Zukunft wagen sollen. Einig sind sie sich in ihrer Einschätzung, dass das Internet auch in Zukunft unsere Lebenswirklichkeit auf heute noch unvorstellbare Weise beeinflussen wird:

- Die unter „**Industrie 4.0**“ subsummierte intelligente Vernetzung von Produktions- und Logistikprozessen bietet neue Möglichkeiten für die klassische Industrie, gerade im ländlichen Raum
- **Telemedizin** kann durch die Verfügbarkeit höherer Bandbreiten manchen Arztbesuch ins Internet verlagern und damit vor allem im ländlichen Raum lange Wege ersparen und die medizinische Grundversorgung sinnvoll ergänzen
- Soziale Medien und Content Plattformen ermöglichen eine neue Form der Information und der **gesellschaftlichen Teilhabe** über Generationsgrenzen und räumliche Distanzen hinweg
- **E-Government** bringt Bürger und Verwaltungen im Internet näher zusammen
- **E-Voting** bewegt in Zukunft möglicherweise bisherige Nichtwähler zur „elektronischen Wahlurne“

Von all diesen Entwicklungen kann allerdings nur profitieren, wer optimal und möglichst schnell an das Internet angebunden ist.

Hierbei gilt es eine „digitale Spaltung“ zwischen Ballungsgebieten und ländlichem Raum unbedingt zu vermeiden.

2. Breitbandausbau

Die Bundesregierung hat mit der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“^{1 2} die Eckpunkte ihrer Breitbandstrategie für die kommenden Jahre formuliert, und am 09.10.2014 im Deutschen Bundestag beschlossen³.

Die CDU Südbaden begrüßt das Ziel der flächendeckenden Breitbandversorgung mit 50 Mbit/Sek bis 2018, sieht dies aber nur als Zwischenziel hin zu weit höheren Bandbreiten.

¹ www.digitale-agenda.de

² <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Digitale-Welt/digitale-agenda.html>

³ Bundestags-Drucksache 18/1973

Flächendeckend (99,4%) werden derzeit lediglich 2 Mbit/Sek erreicht, hauptsächlich über Kupferkabel. In 80% der städtisch geprägten Gebiete sind Bandbreiten von 50 Mbit/Sek bereits heute verfügbar, allerdings nur in 41,2% der halbstädtischen und erst 15,7% der ländlichen Gebiete.

Aus technischer Sicht gibt es mehrere Möglichkeiten einen flächendeckenden Breitbandausbau zu erreichen. Angefangen beim klassischen Kupferkabel über Funktechnologien bis hin zu Glasfasernetzen und einer Kombination der verschiedenen Technologien ist vieles möglich und denkbar.

So bestünde die Möglichkeit mittels Funktechnologien wie LTE, WIMAX oder Satellit entfernte Regionen schnell breitbandig anzubinden. Bei Internet über LTE zeigt die Praxis, dass dies derzeit und auf Grund der Ausbaupläne der großen Netzbetreiber mittel- bis langfristig in voller Geschwindigkeit nur in Ballungsräumen verfügbar sein wird. Der ländliche Raum profitiert nur beschränkt. Für WIMAX, vereinfacht formuliert ein großes WLAN basierend auf Richtfunktechnik, existieren im Moment lediglich Insellösungen⁴, die von den anvisierten 50 Mbit/Sek weit entfernt sind. Ein weiteres Problem besteht in Empfangsstörungen bei schlechtem Wetter. So kann die Datenrate bei Regen oder Gewittern massiv abfallen. Dieses Problem besteht auch beim Internetzugang mittels Satelliten. Jeder SAT-TV Nutzer kennt die Empfangsprobleme bei Gewittern. Beim Internet über Satellit besteht dieses Problem weiter in einer noch viel größeren Form, sodass es schon zu einem massiven Datenratenabfall bei Starkregen kommen kann. Hinzu kommt noch die Verbindungszeitproblematik (Latenz). Auf Grund der großen Entfernung zwischen Nutzer und Satellit benötigen die Signale ein Vielfaches länger. Dies hat z.B. zur Folge, dass die Ladezeiten für Webseiten sich erheblich erhöhen oder bei Internetauktionen Gebote den Server erst erreichen, wenn die Auktion bereits beendet ist. Ebenfalls aus diesem Grund eignet sich Internet über Satellit nicht für Online-Spiele, die sich gerade bei der Jugend großer Beliebtheit erfreuen.

Für die CDU Südbaden sind daher auf Funk basierende Internetzugänge allenfalls Brückentechnologien und für die Mobilnutzung gedacht.

Hohe Bandbreiten, bei gleichzeitiger Verbindungsstabilität und niedrigen Latenzen bietet nur der Anschluss mittels Glasfasertechnologie. Die derzeit liegenden Kupferkabel sind hingegen nicht geeignet. Technologisch sind wir mit den derzeitigen Datenraten am Ende des Machbaren. Nach derzeitigem Stand lassen sich Datenraten von 50 Mbit/Sek über Kupferkabel nicht oder nur mit sehr großem technologischem Aufwand erreichen.

Die CDU Südbaden fordert daher den Schwerpunkt des Breitbandausbaus auf die Glasfasertechnologie zu legen um schnellstmöglich flächendeckend FTTH⁵ bzw. FTTB⁶ Anschlüsse für alle realisieren zu können.

Dies erfordert nicht unerhebliche koordinatorische Anstrengungen und Investitionen, welche sich laut einer Studie des TÜV Rheinland⁷ je nach Ausbaustufe zwischen ~20 Mrd. € bei Nutzung des bisherigen Technologiemixes, und über 90 Mrd. € bei einer

⁴ Beispielsweise bietet die Rottweiler „wireless GmbH“ kabellose Breitbandzugänge via WIMAX Technologien an, siehe www.rw-wireless.de

⁵ Fibre to the home – Glasfaseranschluss bis in die Wohnung

⁶ Fibre to the building – Glasfaseranschluss bis in das Gebäude

⁷ © TÜV Rheinland / BMVI 2013, Stand: Ende 2013

Konzentration auf Glasfaser bewegen. Auf Bundesebene sind bisher keine zusätzlichen Mittel zum Breitbandausbau in den Bundeshaushalt eingestellt, eine „Netzallianz“ bestehend aus großen TK-Netzbetreibern und -Verbänden soll den Ausbau „marktgetrieben“ schrittweise durch Ersetzen von Kupfernetzen durch Glasfaser realisieren⁸.

Die CDU Südbaden sieht in diesem Procedere die Gefahr, dass wie beim „marktgetriebenen“ Netzausbau in der Vergangenheit der ländliche Raum gegenüber den Ballungsgebieten benachteiligt wird, und fordert stattdessen ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes.

Ein solches Engagement könnte neben Erlösen aus der „Digitalen Dividende II⁹“ beispielsweise durch einen teilweisen Verkauf der Telekomaktien des Bundes¹⁰ sowie durch eine Beteiligung des vom Bundesfinanzminister angekündigten Infrastrukturfonds finanziert werden.

3. Kommunales Engagement

Die Bundesregierung wie auch die EU-Kommission räumt den Kommunen einen Hauptstellenwert beim Breitbandausbau ein. Gerade in „weißen Flecken“ sollen Kommunen den Ausbau in Eigenregie durchführen. Doch bedarf dies erheblicher finanzieller Mittel, was gerade für Kommunen im ländlichen Raum einen schier unbezahlbaren Kraftaufwand fordert. Als Partei des ländlichen Raumes müssen wir uns daher für einen bezahlbaren Ausbau für Kommunen einsetzen. Neben den bestehenden Programmen von EU und Bund ist hierbei das Land gefordert. Das Bundesland Bayern investiert in den kommenden Jahren ~1,5 Mrd. € in den Breitbandausbau, in Baden-Württemberg wurden im Doppelhaushalt 2013/2014 lediglich 23,4 Mio. € eingestellt. Die Landesregierung hat angekündigt, die Mittel für den Breitbandausbau im Doppelhaushalt 2015/2016 zu verdreifachen, tatsächlich eingestellt wurden dann 34,05 Mio. € (2015: 17,525 Mio. €, 2016: 16,525 Mio. €). Die mangelhafte Breitbandförderung des Landes wird unter anderem damit begründet, dass die Landesregierung andere Schwerpunkte unter anderem im Bereich Bildung setzen möchte.

Für die CDU Südbaden sind Breitbandausbau und Bildungsinvestitionen zwei Seiten derselben Medaille.

Die CDU Südbaden fordert die Landesregierung auf, die Breitbandförderung auf das Niveau von Bayern aufzustocken. Baden-Württemberg muss auch beim Glasfaserausbau und neuen Mobilfunktechnologien wie dem LTE Nachfolger 5G Musterländle werden!

⁸ Netzallianz Digitales Deutschland: Kursbuch Netzausbau vom 07.10.14, Seite 8 ff.

⁹ Die Bundesnetzagentur hat eine Versteigerung der Frequenzen 700 MHz, 900 MHz, 1.800 MHz und 1.5 GHz für das zweite Quartal 2015 geplant

¹⁰ In deutschem Staatsbesitz befinden sich 31,7% (14,3% direkt und 17,4% über die KfW) bzw. 1437751450 Stück Telekomaktien (WKN 555750), was bei einem Kurswert von 12€ Einnahmen von über 17 Mrd. € generieren könnte

Vor ca. 15 Jahren sind etliche Gemeinden in den Telekommunikationsmarkt als Anbieter eingestiegen. Für viele endete dies in einem finanziellen Fiasko und bald zogen sie sich aus dem Gebiet zurück. Der Breitbandausbau weckt nun bei vielen Gemeinden wieder neue Begehrlichkeiten. Doch bestehen, wie schon vor 15 Jahren, die gleichen Gefahren. Der Breitbandmarkt in Deutschland gilt als einer der am härtesten umkämpften, und seit Jahren ist eine Konzentration zu beobachten. Ein Tätigwerden macht daher nur mit dem Markt Sinn. Unseres Erachtens sollten Kommunen nicht als eigene Marktteilnehmer agieren, sondern vielmehr eine starke Stellung durch Kooperationen mit Privatunternehmen erreichen, wie die beispielsweise auch bei der Neugründung von Stadtwerken gängige Praxis ist.

Daher spricht sich die CDU Südbaden dafür aus, dass Gemeinden den Breitbandausbau zunächst in Kooperation mit der Privatwirtschaft stemmen sollten.

Allerdings entspricht es auch der Realität, dass die Privatwirtschaft in den „weißen Flecken“ aus finanziellen Gründen keinerlei Interesse hat, Gemeinden mittels Breitband anzuschließen. Hier werden viele Gemeinden mit Verweis auf eine Unterschreitung der Wirtschaftlichkeitsschwelle einfach alleingelassen. Im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit können aber auch in diesen Fällen Erfolge erzielt werden. Beispielsweise können mittels Zweckverbänden größere Gebiete breitbandtechnisch erschlossen werden. Der Schwarzwald-Baar Kreis hat hierzu einen „Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar“ gegründet, in dem 20 Kommunen und der Landkreis bis 2018 einen regionalen Glasfaserring aufbauen und betreiben wollen. Hierzu sind Investitionen in Höhe von 24 Mio. € geplant.

Die CDU Südbaden begrüßt die Einrichtung von Zweckverbänden zur regionalen Breitbandversorgung, wo diese Sinn machen.

Dies ist insbesondere dort der Fall, wo keine direkte Konkurrenz zwischen kommunalen und privatwirtschaftlichen Unternehmen besteht oder in absehbarer Zeit zu erwarten ist. Die „Clearingstelle Neue Medien im Ländlichen Raum¹¹“ sollte die Landkreise und Kommunen verstärkt auch in Fragen der Gründung von Zweckverbänden beraten. Hierzu ist eine weitere personelle und finanzielle Aufwertung der Clearingstelle unabdingbar.

Die CDU Südbaden fordert einen Ausbau der Clearingstelle Neue Medien im Ländlichen Raum nach bayerischem Vorbild (Bayerisches Breitbandzentrum in Amberg¹²).

Ein größeres kommunales Engagement setzt allerdings Planungssicherheit voraus, um die hohen Investitionen der öffentlichen Hand zu rechtfertigen und zu sichern. Es gibt Fälle in denen private Unternehmen einen Breitbandausbau ankündigen, sobald kommunales Engagement erste konkrete Planungen erreicht hat. Häufig stellen die kommunalen Entscheidungsträger unter diesem Eindruck die Planungen wieder ein und bleiben so auf nicht unerheblichen Planungskosten sitzen. Wenn die Planungen der am Markt tätigen Unternehmen transparent und langfristig öffentlich gemacht werden würden, wäre es für

¹¹ www.clearingstelle-bw.de

¹² www.schnelles-internet-in-bayern.de

unterversorgte Gemeinden und Regionen ein leichtes zu erkennen, ob ein kommunales Engagement sinnvoll ist.

Die CDU Südbaden fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer Breitbandstrategie die am Markt tätigen Unternehmen zu einer langfristigen und transparenten Planung zu verpflichten, entsprechende Planungen zeitnah und terminiert im Breitbandatlas und im Infrastrukturatlas zu veröffentlichen, sowie diese Daten einem breiteren Interessentenkreis zugänglich zu machen.

4. Universaldienst Internet

In Deutschland zählt nach EU-Recht der Anschluss an ein Telekommunikationsnetz, das die Datenkommunikation mit Übertragungsraten ermöglicht, die für einen funktionalen Internetzugang ausreichen, zu den Universaldienstleistungen. Universaldienstleistungen sind ein Mindestangebot an Diensten für die Öffentlichkeit, für die eine bestimmte Qualität festgelegt ist und zu denen alle Endnutzer unabhängig von ihrem Wohn- oder Geschäftsort zu einem erschwinglichen Preis Zugang haben müssen und deren Erbringung für die Öffentlichkeit als Grundversorgung unabdingbar geworden ist (vgl. § 78 Abs. 1 TKG). Dieses Mindestangebot muss sich jedoch auch an die sich wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen anpassen. Mit den wachsenden Möglichkeiten, die das Internet bietet, wachsen auch die Anforderungen der Nutzer. Eine heutzutage nicht mehr adäquate Internetverbindung benachteiligt besonders die Menschen im ländlichen Raum.

Eine weitere digitale Spaltung zwischen Ballungszentren und dem ländlichen Raum muss verhindert werden.

Vorrangig sollen kurzfristig Regionen erschlossen werden, die noch nicht über eine Versorgungsbandbreite von mindestens 2 Mbit/s verfügen.¹³ In Baden-Württemberg sind 98,4% der Haushalte mit 2 Mbit/s und mehr versorgt.¹⁴ Diese Geschwindigkeit ist notwendig, um beispielsweise an VoIP-Diensten teilnehmen zu können. Besonders im ländlichen Raum¹⁵ sind einige Haushalte noch nicht an schnelles Internet angebunden: 3,9% der Haushalte liegen versorgungstechnisch noch immer unter 2 Mbit/s.¹⁶ Im Gegensatz dazu stehen 81,9% der Haushalte in Ballungszentren¹⁷ 50 Mbit/s und mehr Bandbreite zur Verfügung.

Die CDU Südbaden fordert die Bundesnetzagentur auf, in Zukunft verstärkt von den Möglichkeiten der §§80 und 81 TKG Gebrauch zu machen und Anbieter notfalls auch zum Betrieb eines Netzes zu verpflichten.

13 Bundestagsdrucksachen Nr. 18/1973 und 18/2778

14 © TÜV Rheinland / BMVI 2013, Stand: Ende 2013

15 Gemeinden mit einer Bevölkerung < 100 Einwohner/km²

16 © TÜV Rheinland / BMVI 2013, Stand: Ende 2013

17 Bevölkerung ≥ 500 Einwohner/km²

5. Bildung durch Breitband – breitbandige Bildung

In der modernen Mediengesellschaft müssen schon Kinder und Jugendliche früh mit dem Internet vertraut gemacht werden. Denn das Internet birgt neben Chancen und Möglichkeiten auch Gefahren. Neben einer umfangreichen Aufklärung im Elternhaus muss die Schule dies gewährleisten. Auch technisch hat sich in den letzten 20 Jahren in der Schule einiges getan. Vorbei sind die Zeiten, in denen es pro Schule maximal einen (meist hoffnungslos veralteten) Computerraum gab. Heute halten WLAN, Beamer und interaktive Boards an unseren Schulen Einzug. Allerdings besteht noch bei vielen Lehrkräften eine gewisse Berührungsangst mit den neuen Medien. Diese kann allerdings durch gezielte Fortbildungen im Bereich Neue Medien abgebaut werden. Dabei sollen sich die Lehrkräfte mittels strukturierter Fortbildungspläne einen Überblick verschaffen, angefangen bei der einfachen Benutzung der Geräte bis hin zu sozialen Medien wie Facebook und Co.

Die CDU Südbaden fordert daher eine Fortbildungsreihe Neue Medien für Lehrer um deren Medienkompetenz zu stärken.

Einen „Anti-Facebook-Erlass¹⁸“ o.Ä. lehnen wir ab, vielmehr müssen Schüler fachkundig an das Thema soziale Medien herangeführt werden.

Oft werden die Schulnetzwerke von Lehrern selbst administriert. Diese investieren vielfach ihre Freizeit für Fortbildungen und der Verwaltung des Schulnetzes. Im Rahmen ihres Deputats erhalten sie hierfür jedoch lediglich zwei bis drei Stunden angerechnet. Mit Blick auf die hohe Nutzerzahl ist festzustellen, dass vergleichbare Netzwerke in der Privatwirtschaft bzw. der übrigen Verwaltung häufig von mehreren Vollzeitstellen administriert werden. Daher ist eine Aufwertung der Deputatsstunden für Schulnetzbetreuer unumgänglich, um eine angemessene Verwaltung und eine faire Vergütung sicherzustellen.

Die CDU Südbaden fordert die Aufstockung der Deputatsstunden für Schulnetzbetreuer.

Eine sachgerechte Verwaltung setzt auch eine ordentliche Ausbildung voraus. Häufig sind Schulnetzbetreuer aus privatem Interesse zur Netzwerkverwaltung in den Schulen gekommen, gerne werden auch junge Kollegen „zwangsverpflichtet“. Geschult werden sie in Fortbildungen. Anders als in der Privatwirtschaft oder der sonstigen öffentlichen Verwaltung erhalten sie keine grundlegende Administratorenausbildung. Dies ist in den sonstigen Fällen mindestens ein eigener Ausbildungsberuf, wenn nicht gar ein Informatikstudium. Nun könnte man argumentieren, dass dies ja bei einer Schule gar nicht benötigt wird. Dennoch sollte die Komplexität einer Schul-IT nicht unterschätzt werden. Häufig befinden sich Schüler in einer Art Wettkampf mit dem Lehrer um neue Sicherheitslücken und um deren Ausnutzung. Um die Sicherheitslecks aber effektiv bekämpfen zu können, muss der Lehreradministrator über ein hohes Fachwissen verfügen und dieses auch ständig aktuell halten.

¹⁸ Das Kultusministerium Baden-Württemberg schränkt mit Erlass vom Juli 2013 die Nutzung sozialer Netzwerke an Schulen stark ein

Die CDU Südbaden fordert eine Intensivierung der Ausbildung für Schulnetzbetreuer.

Eine tragende Rolle könnte hierbei den Kreismedienzentren mit ihren Schulnetzberatern, sowie dem Landesmedienzentrum (LMZ)¹⁹ zukommen. Zu prüfen wäre auch, ob eine berufsbegleitende Weiterbildung (wie ein Kurs zum „IT-Netzwerkadministrator(in)“ bei den Industrie und Handelskammern) für Schulnetzbetreuer besonders gefördert, und nach erfolgreichem Abschluss auch stärker honoriert werden kann.

6. Recht auf analogen Telefonanschluss

Die deutsche Telekom plant bis 2019 alle analogen Telefonanschlüsse auf das digitale Voice-over-IP (VoIP) umzustellen. Bei VoIP wird Sprache in Datenpakete umgewandelt und wie der „normale“ Internetverkehr über das Internet übertragen. Doch steigt damit auch die Störungsanfälligkeit. Die deutsche Telekom hatte im Sommer 2014 über mehrere Wochen bundesweit Probleme mit ihren VoIP Anschlüssen. Hintergrund waren vereinfacht formuliert Störungen im Internet. Dies hatte zur Folge, dass die Nutzer immer wieder in unregelmäßigen Abständen weder selbst anrufen noch erreicht werden konnten. Selbst Notrufe waren in dieser Zeit nicht möglich. Im Gegensatz dazu funktioniert ein analoger Telefonanschluss sogar ohne Strom und fällt in der Regel lediglich bei physikalischen Störungen aus. Diese kommen aber sehr selten vor, weshalb auch viele Hausalarme und stille Alarmer von Geschäften und Banken über einen analogen Telefonschluss laufen. Um weiterhin diese hohe Versorgungssicherheit zu gewährleisten darf der analoge Telefonanschluss nicht abgeschafft werden.

Die CDU Südbaden spricht sich gegen die Zwangsumstellung aller Telefonanschlüsse auf VoIP aus und fordert ein Recht auf einen analogen Telefonanschluss.

7. Routerzwang

Leider verhindern einige Internetserviceprovider eine freie Routerwahl durch den Endkunden, dies geschieht vor allem durch die Nicht-Mitteilung vollständiger Zugangsdaten. Viele Nutzer, Verbraucherverbände, die deutschen Routerhersteller und auch die große Koalition haben sich sehr deutlich gegen einen solchen Routerzwang ausgesprochen. Leider ist die Bundesnetzagentur als zuständige Behörde hier in letzter Zeit durch einen nicht nachvollziehbaren Zickzackkurs²⁰ aufgefallen.

Die CDU Südbaden spricht sich für eine freie Austauschbarkeit des Netzabschlussgeräts aus und fordert die Bundesnetzagentur auf in ihrer Transparenzverordnung für Klarheit zu sorgen.

¹⁹ www.lmz-bw.de

²⁰ c't 2014, Heft 22, S.28 f.

8. Verbot von „bis-zu“ Klauseln in Internetverträgen

In vielen Verträgen mit Internet Service Providern finden sich „bis-zu“-Klauseln; damit wird eine hohe Bandbreite suggeriert²¹. Angegeben wird hierbei keine garantierte Mindestbandbreite oder eine durchschnittliche Bandbreite, sondern eine theoretisch maximal mögliche, welche jedoch nur in Ausnahmefällen tatsächlich erreicht wird. Verbraucher werden durch Angebote und Verträge dieser Art in die Irre geführt. Der durchschnittliche Internetnutzer kann nur schwer nachvollziehen, welche Bandbreite ihm tatsächlich zur Verfügung steht. Werbung und derartige Klauseln in Verträgen verstoßen möglicherweise gegen § 3 Abs. I und II des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Die Provider verweisen meist auf ihre AGBs, dass lediglich die am Wohnort des Kunden maximal mögliche Bandbreite bereitgestellt werden müsse.

Die CDU Südbaden fordert daher ein Verbot von „bis-zu“ Klauseln in Internetverträgen, verbunden mit der Pflicht zur Angabe einer garantierten Mindestbandbreite, die dem Kunde bereitgestellt werden muss. Falls notwendig ist hierzu der Anhang des § 3 UWG entsprechend zu konkretisieren.

9. Netzneutralität

Das Internet wie wir es kennen beruht auf dem Prinzip der Netzneutralität. Das bedeutet, dass Zugangsanbieter Datenpakete von und an ihre Kunden unverändert und gleichberechtigt übertragen müssen, unabhängig davon, woher diese stammen oder welche Anwendungen die Pakete generiert haben. Daran wollen wir festhalten, da sich dieses Prinzip über Jahre hinweg bewährt hat und die Basis für viele, heute nicht mehr wegzudenkende Internetdienste und Innovationen ist. Auch das EU Parlament hat sich bereits für die Netzneutralität ausgesprochen²².

Die „Netzallianz“ unternimmt hingegen erneut den Versuch, die Netzneutralität aufzuweichen: „Regelungen zur Netzneutralität sollten daher keine neuen Geschäftsmodelle zu Lasten zukünftiger Innovationen und Produktvielfalt erschweren²³.“ „Das bisherige Leistungsniveau [...] soll neben qualitätsgesicherten Diensten dynamisch weiterentwickelt werden²⁴.“ Hier soll im Windschatten des Breitbandausbaus der Weg für neue, nicht netzneutrale Produkte geebnet werden.

Die CDU Südbaden bekennt sich zu dem Grundsatz der Netzneutralität und fordert, dass die Transport- und die Dienstebene im Internet auch weiterhin getrennt bleiben müssen. Wir plädieren für eine gesetzliche Regelung, insoweit der bestehende Wettbewerb die neutrale Datenübermittlung durch die Netzanbieter nicht mehr sicherstellt, um so die Netzneutralität zu wahren. Maßnahmen zur Sicherung der

²¹ z.B. „DSL16000“, „Internet 100“, „3play PLUS 120“ usw.

²² Verfahren 2013/0309(COD)

²³ Netzallianz Digitales Deutschland: Kursbuch Netzausbau vom 07.10.14, Seite 8 ff.

²⁴ Netzallianz Digitales Deutschland: Kursbuch Netzausbau vom 07.10.14, Seite 8 ff.

Dienstqualität („Quality of Service“) sollen in Zukunft europäisch kohärent, aber durch die nationalen Regulierungsbehörden erfolgen.

10. IT-Sicherheit

Aufgrund der starken Zunahme von Angriffen auf IT-Systeme in jüngster Zeit wie beispielsweise in Estland im Jahre 2007, auf das Netzwerk der Sony Playstation im Jahre 2011 oder die Heizsysteme des deutschen Unternehmens Vaillant im vergangenen Jahr, wird die Bedeutung sicherer Netze und Informationssysteme immer größer. Auch für die deutsche Wirtschaft - ob große oder kleine und mittelständische Unternehmen - ist der Schutz von Knowhow und Geschäftsgeheimnissen in diesem Zusammenhang unerlässlich. Da Cyberangriffe nicht an nationalen Grenzen Halt machen, jedoch der Rechtsrahmen sowie das Niveau der Resilienz, d.h. der Abwehrbereitschaft und Robustheit der Systeme in den europäischen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, brauchen wir eine solide EU-Richtlinie zur IT-Sicherheit²⁵. Darin ist insbesondere vorzusehen, Unternehmen in kritischen Sektoren - darunter Energie, Verkehr, Finanzmärkte oder Gesundheit - zu verpflichten, bestimmte Vorfälle zu melden und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Abwehrbereitschaft und Sicherheit ihrer Informationssysteme zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen die Mitgliedstaaten zu einer strategischen und operationellen Kooperation verpflichtet werden, um EU-weit ein Mindestmaß an Netzsicherheit zu gewährleisten.

Die CDU Südbaden plädiert für die zügige Annahme der EU-Richtlinie und fordert einen klaren Fokus auf kritische Infrastrukturen für eine effektive Umsetzung und Anwendung der Richtlinie.

²⁵ Verfahren 2013/0027 (COD)